

nr. 5 – aug/sep 2016

# ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Ein Rückblick aufs Sommerfest [Seite 4:](#) Bezirk kontra WBM – Neubau auf der Fischerinsel

[Seite 8:](#) 10. und 11. September – Tag des offenen Denkmals [Seite 10:](#) Neues vom Runden Tisch



*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.  
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

## Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



## Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net). Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 19. September. Unser letztes Bilderrätsel zeigte eine Toreinfahrt in der Rungestraße 10, neben der ehemaligen Botschaft der Türkei. Gewinner ist Monika Garrecht – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

**Modellprojekt: Stadtteilkoordination in Mitte**  
Im Bezirk Mitte gibt es seit Kurzem für jede Bezirksregion eine intermediäre Stadtteilkoordination, die als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger dient. Die Mitarbeiter stehen als Ansprechpartner bei allen aktuellen Themen, Problemen und Anliegen der Bevölkerung zur Verfügung und fungieren als Brücke zur Verwaltung und in das Bezirksamt Mitte. Damit soll vor allem auch das Engagement von Bürgern und Initiativen stärker unterstützt werden, die ihr Umfeld in vielerlei Hinsicht besser gestalten möchten. Die StadtteilkoordinatorInnen helfen bei der Vernetzung und unterstützen nachhaltige Projekte für die Nachbarschaft. Dafür gibt es auch einen kleinen Fördertopf: Aus der »Handkasse« können Sachmittel bezuschusst werden, etwa zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit von Projekten, Künstlergagen oder Raumieten bei Veranstaltungen oder Kiezfesten oder auch Material für Pflanzaktionen. Entsprechende Anträge sind direkt bei der jeweiligen Stadtteilkoordination zu stellen. Die Stadtteilkoordination ist am Bezirksamt Mitte angedockt, die Mitarbeiter sind jedoch

beim jeweiligen Träger fest angestellt. In der Nördlichen Luisenstadt ist es der Verein KREATIVHAUS, Ansprechpartnerin ist Sylvia Euler. Sie hält auch jeden Mittwoch im Stadtteilladen eine offene Sprechstunde ab (s.u.). Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon 238 09 13, Mobil 0176-21 88 35 54, E-Mail: [stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de](mailto:stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de)  
Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101

### Nachtrag

In unserer letzten Ausgabe ist uns bedauerlicherweise ein Versäumnis unterlaufen. In unserem Bericht über das diesjährige Moabiter Kunstfestival »Ortstermin« (Seite 8) berichteten wir über eine Installation im öffentlichen Raum mit dem Titel »Stadt ohne Grenzen I die zerronnene Stadt«, das die syrische Stadt Aleppo thematisiert. Leider vergaßen wir den Namen der Künstlerin zu erwähnen, was hiermit nachgeholt sei: Urte Beyer ist die Urheberin des Kunstwerks. Wir bitten vielmals um Entschuldigung!

## Termine

### Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat (außer im August) um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich. Die BV freut sich über neue Mitstreiter!

### Bürgersprechstunde im Stadtteilladen

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadtteilladen. Informationen erhalten Sie auf der Website [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)

### Runder Tisch Köpenicker

Nächster Termin: Dienstag, 13. September, 11–13 Uhr, Stadtteilladen »dialog 101«

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint nach der Sommerpause Ende September. Redaktionsschluss ist Freitag, der 16. September.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen schönen Sommer!

Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website [www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de) sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: [www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

**Redaktion:** Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

**Redaktionsadresse:** »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, [ecke.koepenicker@gmx.net](mailto:ecke.koepenicker@gmx.net)

**Fotoredaktion:** Christoph Eckelt, [eckelt@bildmitte.de](mailto:eckelt@bildmitte.de)

**Entwurf und Gestaltung:**

capa, Anke Fesel, [www.capadesign.de](http://www.capadesign.de)  
**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, [www.berliner-zeitungsdruck.de](http://www.berliner-zeitungsdruck.de)

**Vi.S.d.P.:** Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

# Bezirkspolitik und Kirschkermspucken

## Beim diesjährigen Sommerfest des Bürgervereins Luisenstadt

Heiß war's: Am Freitag, dem 24. Juni, kletterte das Außenthermometer auf bis zu 36 Grad. Und schön war's auch: das diesjährige Sommerfest des Bürgervereins Luisenstadt, das wie jedes Jahr auf dem Michaelkirchplatz stattfand. Auch wenn – wegen der großen Hitze – wohl doch einige das Schwimmbad, den Badesee oder die eigenen vier Wände vorzogen, waren dennoch viele gekommen, um sich das Bühnenprogramm anzuschauen, sich an zahlreichen Ständen oder bei Gesprächen mit Bezirkspolitikern zu informieren oder einfach bei Kaffee und Kuchen, kalten Getränken und Bratwurst zusammenzusitzen und zu plaudern.

Der Fotograf Klaus Bädicker, der seit vielen Jahren die baulichen Veränderungen in Mitte dokumentiert, zeigte eine kleine Fotoausstellung an der Wäscheleine, Kinder und Erwachsene amüsierten sich beim Kirschkerneispuckwettbewerb. Beim Bilderrätsel »Kennen Sie die Luisenstadt?« konnte man sein Kiezwissen testen und tolle Bücher gewinnen, die alevitische Gemeinde, die Musikschule des Bezirks Mitte und Jugendliche des Betreuten Wohnens bei der Caritas steuerten musikalische Darbietungen bei, Polizisten vom Abschnitt 32 gaben Tipps zur Prävention u.a. von Fahrraddiebstählen. Das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer und die Betroffenenvertretung informierten über Planungen und aktuelle Themen im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt, die Stelltafeln zogen viele interessierte Bürgern an, die auch das Gespräch suchten. Ein Pony war zu Besuch und holte sich jede Menge Streicheleinheiten und kindliche Bewunderung ab. Architekturinteressierte waren zu Führungen durch die Annenkirche und das Tauthaus eingeladen.

Das Fest wurde vom Bürgerverein Luisenstadt zusammen mit der örtlichen CaritasWohnen, dem Pflegewerk Senioren Centrum (Slogan auf einem Werbeflyer: »Lernen Sie uns kennen, bevor Sie uns brauchen!«) und dem Tauthaus am Engeldamm organisiert. Und auch in diesem Jahr bot das Fest nicht nur Unterhaltung, Spiele und



Kulinarisches, sondern hat durchaus auch einen politischen Anspruch und bietet deshalb den Bürgern Gelegenheit, Raum und Anlass für viele bezirkspolitische Gespräche – nicht nur, weil die Berliner Wahlen bevorstehen und mehrere Parteien mit eigenen Info-Ständen vertreten waren.

Volker Hobrack, sowohl Mitglied des Bürgervereins als auch der Betroffenenvertretung, nutzte die Gelegenheit, um auf dem Podium Bezirkspolitiker zu aktuellen Themen zu befragen, die die Bürgerinnen und Bürger im Gebiet beschäftigen. So gab Mittes Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste, Stephan von Dassel, Auskunft zum Vorgehen gegen illegale Ferienwohnungen. Bezirksbürgermeister Christian Hanke äußerte sich zum Bevölkerungswachstum des Bezirks und wie man darauf auch planerisch reagiert. So wird es notwendig sein, die Infrastruktur dem gestiegenen Bedarf anzupassen. Darum drehten sich auch etliche Gespräche am Rande: Schulstadträtin Sabine Smentek, die das Fest ebenfalls besuchte, musste viele Fragen zu den Plänen für den Schulstandort Adalbertstraße beantworten. Auch das erst kürzlich bekannt gewordene Blockkonzept zur möglichen Verdichtung des Heinrich-Heine-Viertels wurde von Bürgern aufmerksam studiert und heiß diskutiert (siehe auch S. 4).

Gewünscht hätte man sich schon, dass sich noch mehr der zahlreichen Akteure im Gebiet am Fest beteiligen. Man vermisste beispielsweise Initiativen wie den Spreeacker e.V., die Spreefeld eG, die Berolina-Genossenschaft oder die WBM als wesentliche Eigentümer im Gebiet, auch Vertreter des Märkischen Museums mit seinen interessanten Vorhaben und Aktivitäten wären hier gewiss vielen Neugierigen begegnet.

Dennoch: die Mischung war bunt. Junge und Alte, Familien mit Kindern, Menschen mit und ohne Handicaps, Luisenstädter von Kreuzberger und von Mitte-Seite waren gekommen. Und auch die Clubzene war vertreten: Dimitri Hegemann, Betreiber des Technoclubs »Tresor« im Heizkraftwerk an der Köpenicker war da, hielt sich lange am Stand des KoSP und der Betroffenenvertretung auf und legte am Ende noch prima Musik vom Band auf. Neben dem bejubelten Auftritt von Toni, der mit dem Charisma eines Rockstars seine Songs schmetterte (siehe Foto), gehörte es zu den schönsten Szenen des Festes, wie die Kids vom CaritasWohnen selig zu Songs von Billy Idol und Iggy Pop tanzten und Hegemann vergnügt die Regler bediente. Tolles Fest. us

## Neue Nachbarschaftsbörse

Die Luisenstadt verfügt seit einiger Zeit über eine Internet-Nachbarschaftsplattform. Ziel ist es, Kontakte in der Nachbarschaft zu fördern und besser zu vernetzen. Die Plattform dient dabei als Informations-, Tausch-, Sharing- und Unterstützungsbörse.

Unter [www.nebenan.de](http://www.nebenan.de) kann man sich anmelden und dabei auch persönliche Interessengebiete angeben. Gefragt wird beispielsweise auch, ob man bestimmte Dinge mit der Nachbarschaft teilen würde (z.B. Fahrrad, Bücher, Leiter, Gerätschaften, WLAN) oder bestimmte Dienste anbieten würde (Blumengießen, Babysitten, Tierbetreuung im Urlaub o.ä.). Umgekehrt kann man hier auch schnell und unkompliziert Hilfe suchen. Solche und ähnliche Kiezbörsen werden erfolgreich auch in anderen Berliner Quartieren gepflegt. [www.nebenan.de](http://www.nebenan.de) ist nichtkommerziell und wird von Anwohnern betrieben, die den Wunsch hatten, zur besseren Vernetzung der Nachbarschaft beizutragen. us



## Senat plant Bürgerdialog

*Bezirk lehnt WBM-Hochhausprojekt Fischerinsel ab*

Die Bäume auf dem Grundstück sind längst gefällt, demnächst beginnen archäologische Grabungen, bevor anschließend der Neubau beginnen soll. Doch überraschend hat der Bezirk Mitte nun das WBM-Vorhaben, ein zusätzliches Wohnhochhaus auf der Fischerinsel zu errichten, ablehnend beschieden. Das geplante 19-geschossige Hochhaus am Mühlendamm entspreche nicht der vorhandenen Struktur auf der Fischerinsel mit sechs einzeln stehenden 21-geschossigen Hochhäusern und passe sich nicht in das Gebiet ein, zudem sei das Gebäude mit 16,5 Metern zu tief.

Erstaunlich ist der negative Bauvorbescheid des Bezirks deshalb, weil die WBM-Planung das Ergebnis eines Wettbewerbs ist, bei dem auch der Bezirk in der Jury mitstimmte. Diese hatte sich im September 2015 für den Entwurf des Architekturbüros DMSW entschieden, das nun realisiert werden sollte. Es sieht einen U-förmigen Komplex mit achtgeschossigen Wohnhäusern vor, aus dem der 59 Meter hohe Wohnturm aufragt. Insgesamt sollen 200 Wohnungen auf dem landeseigenen Grundstück entstehen.

Gegen das Projekt hatten etliche Anwohner protestiert, sie befürchten die Verschattung bestehender Wohnungen durch das Hochhaus, zudem fallen zahlreiche Parkplätze weg.

Die WBM hat nun bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt als zuständiger übergeordneter Behörde Widerspruch gegen den Bezirksbescheid eingelegt. Der Senat lässt keinen Zweifel daran, dass er das Bauvorhaben will, kündigte aber an, mit den Anwohnern in den Dialog treten und in den nächsten Monaten diskutieren zu wollen. Auch die WBM begrüßt den Bürgerdialog. us

## Bürgerversammlung am 27.9.

*Blockkonzept für Heinrich-Heine-Viertel sorgt für Diskussionen*

Das erst kürzlich öffentlich bekannt gewordene Blockkonzept für das Heinrich-Heine-Viertel ruft bei Anwohnern auch Kritik hervor. Wie berichtet, hat das Bezirksamt das Blockkonzept im Frühjahr beschlossen, um mehr planerischen Einfluss und Steuerungsmöglichkeiten bei künftigen Bauprojekten zu haben. Mit dem Konzept sollen Einzelvorhaben unterschiedlicher Grundstückseigentümer besser abgestimmt und mit Blick auf die öffentlichen Belange gesteuert werden. Geprüft wurden deshalb auch Nachverdichtungspotenziale im Block. So sieht das Konzept u.a. die Möglichkeit einer Neubebau-

ung vor der bereits bestehenden Hochhauszeile entlang der Heinrich-Heine-Straße, Nachverdichtung an der Annenstraße und zweier Hochhäuser am Michaelkirchplatz vor. Zu den bislang 1200 Bestandswohnungen könnten so ca. 800 hinzukommen – was natürlich auch Konsequenzen für die Infrastruktur hätte. Insbesondere solche Nachverdichtungen werden sehr kritisch gesehen, zumal das Blockkonzept auch das Sanierungsgebiet berührt: Bei einer Realisierung wäre nämlich auch das Sanierungsziel eines Grünzugs entlang der Michaelkirchstraße in Frage gestellt.

Die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt hat das Konzept u.a. auf dem Sommerfest des Bürgervereins öffentlich gemacht und zur Diskussion gestellt. Sie kritisiert insbesondere, dass das Blockkonzept vom Bezirksamt ohne vorherige Information der Bürger beschlossen wurde, und fordert nun die Erarbeitung eines B-Plans mit umfassender Akteurs- und Bürgerbeteiligung. Zudem organisiert sie eine Bürgerversammlung zum Thema, zu der auch der zuständige Stadtrat für Stadtentwicklung eingeladen ist. us

*Bürgerversammlung am 27.9., 18.30 Uhr, voraussichtlich im Stadtteil-laden »dialog 101«*

## Suppe und Demokratie

*Der Verein »Detroit-Berlin-Connection« ruft das Nachbarschaftsprojekt »Berlin Soup« ins Leben*

Aus Detroit, wo der »Tresor«-Betreiber Dimitri Hegemann etwas vom Berliner Erfolg des Techno zurückgeben will, hat er gleich eine neue Projektidee mitgebracht. Dort hatte Amy Kaherl die »Detroit Soup« gegründet, um einen kommunikativen Ort für die Nachbarschaft zu schaffen und kreative Projekte zu fördern. Diesem Beispiel folgt nun die »Berlin Soup«, ein Vorhaben, das vom Verein »Detroit-Berlin-Connection« (Viola Glock) organisiert wird.

Die Idee ist so einfach wie einleuchtend: Alle zwei Monate wird zum öffentlichen Treffen im Kraftwerk eingeladen. Die Besucher zahlen fünf Euro und bekommen dafür eine Suppe, Salat und Brot sowie eine Stimme, die sie am Ende für eines von vier präsentierten Projekten abgeben können. Denn während der Veranstaltung können jeweils vier Akteure ihre Projektidee (z.B. aus den Gebieten Kunst, soziale Gerechtigkeit, urbane Landwirtschaft, Erziehung, Technologie) vorstellen, sie haben dafür je vier Minuten Zeit und können vier Publikumsfragen beantworten. Beim Essen können sich die Besucher darüber austauschen, welches Projekt aus ihrer Sicht am meisten der Nachbarschaft und der Stadt zugute kommt. Am Ende werden die Stimmzettel abgegeben, der Gewinner erhält die Einnahmen des Abends als Unterstützungskapital zur Realisierung des Projekts, auf einem künftigen Berlin Soup Dinner berichten die Gewinner dann über den Fortschritt ihrer Vorhaben.

Die »Berlin Soup« ist also eine nicht kommerzielle, soziale Plattform und gleichzeitig ein demokratisches Experiment und eine Art »Crowd-Funding unplugged« sowie eine Chance, kreative Menschen und die Nachbarschaft kennenzulernen und zu unterstützen. Die Treffen sind offen für alle.

Ein erstes Treffen findet am Sonntag, dem 25.9. ab 17 Uhr im Kraftwerk Mitte, Köpenicker Straße 70 statt. us

*Infos unter: <http://detroitssoup.com>, [www.detroitberlin.de](http://www.detroitberlin.de), [www.happylocals.org](http://www.happylocals.org)  
Kontakt: [viola.glock@gmail.com](mailto:viola.glock@gmail.com)*

## Kommentar

# Wählen gehen!

*Schafft es die AfD ins Bezirksamt von Mitte?*

Zwei Wochen nach dem Ende der Sommerferien wählt Berlin. Am 18. September wird nicht nur über die neue Zusammensetzung des Berliner Abgeordnetenhauses entschieden – auch die Bezirksparlamente werden neu zusammengesetzt. Das Abgeordnetenhaus wählt anschließend die neue Landesregierung, und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) entscheidet über die Zusammensetzung des Bezirksamtes, dem politischen Leitungsgremium aus Bezirksbürgermeister und vier Bezirksstadträten.

Welche Partei Anspruch auf wie viele Posten im Bezirksamt hat, richtet sich nach den errungenen Mandaten in der BVV. Bei der letzten Wahl bekamen die SPD in Mitte 18 Mandate, die Grünen 15, die CDU 10, die Linken und die Piraten jeweils 6. Von den fünf Sitzen im Bezirksamt gingen jeweils zwei an die SPD und die Grünen, die CDU bekam einen, die anderen beiden Parteien gingen leer aus. Mit acht Mandaten in der BVV hätten die Piraten oder die Linken den Grünen den zweiten Stadtratsposten noch abjagen können.

Dieses Mal gibt es eine große Unbekannte: die AfD. Den Rechtspopulisten wird zugetraut, in vielen Bezirken das Anrecht auf einen Stadtratsposten zu erwerben und somit die Leitung über eine ganze

Abteilung der Bezirksverwaltung zu übernehmen. Dabei haben die verschiedenen Meinungsforschungsinstitute große Differenzen in ihren Umfrageergebnissen. So sieht Forsa die AfD im ganz Berlin bei acht Prozent, Infratest dimap und INSA aber zwischen 13% und 15%. Das ist ziemlich genau der Unterschied zwischen einem Platz im Bezirksamt und keinem.

Acht Prozent reichen ziemlich sicher nicht, bei 12 bis 13 Prozent aber steigt die Wahrscheinlichkeit für einen Sitz im Bezirksamt deutlich. Bei der Wahl 2006 reichten dafür der Linken in Mitte 12,4 Prozent oder sieben Mandate in der BVV. Nur wenn die Linke bei der Wahl im September mehr Stimmen als die AfD bekommt (das letzte Mal lag sie in der BVV-Wahl bei 10,6%, die Prognosen sagen jedoch berlinweit einen deutlichen Zuwachs voraus) und zusätzlich entweder die SPD oder die Grünen im Bezirk mehr als doppelt so stark wie die AfD wird, blieben die Rechtspopulisten im obersten Bezirksgremium außen vor. Nach Forsa hätte wohl die SPD die größeren Chancen, stärkste Partei in Mitte zu werden, nach Infratest dimap und INSA die Grünen. Bei diesen liegen CDU, SPD und Grüne berlinweit ungefähr gleichauf um die 20-Prozent-Marke herum, Mitte wählt traditionell grüner als ganz Berlin, etwa durchschnittlich SPD und klar weniger CDU.

Bis zur Wahl am 18. September wird natürlich noch einiges passieren, was das Wahlergebnis beeinflussen wird. Doch angesichts des kurzen Wahlkampfes, der wohl nur in den zwei Wochen nach den Schulferien so richtig Fahrt aufnehmen wird, steht eine schwache Wahlbeteiligung zu befürchten. Bei der letzten Bezirkswahl lag sie in Mitte nur knapp über 50%. Das nützt den Rechtspopulisten, denn Protestwähler lassen sich einfacher mobilisieren als solche, die eigentlich gar nicht so unzufrieden sind. cs

## Bildecke



# Präsenz zeigen

Die Drogendealerszene verunsichert Bürger – wie geht man dagegen vor?

Für den jungen Mann ist der Tag bereits um 13 Uhr gelaufen. Er sitzt im Polizeibus, neben ihm auf dem Tischchen liegt aufgereiht das, was in seinen Taschen gefunden wurde: Drogentütchen, Geldscheine. Seine Papiere werden gerade überprüft – bei der Polizei gibt es Spezialisten, die Dokumente unterschiedlichster Herkunft und Machart identifizieren können.

Der Bus steht am Rand des Kleinen Tiergartens in Moabit, etwa 20 Polizisten des örtlichen Abschnitts 33 sind heute im Einsatz, um Drogendealer zu stellen. Im Herbst letzten Jahres hatte die Drogenkriminalität im Kleinen Tiergarten wieder deutlich zugenommen, weshalb Karl Bösel, Präventionsbeauftragter des Polizeiabschnitts, und seine Kollegen verstärkt Einsätze und Kontrollen im Park machen. Es ist ein mühsames Geschäft: weil die Justiz hohe Anforderungen für einen Haftbefehl stellt; weil die Dealer immer professioneller agieren; weil man ihnen die Tat rechtssicher nachweisen muss und man Zeugen braucht (meist die Drogenkäufer); vor allem aber, weil es wie ein Kampf mit einer Hydra ist, wie Bösel sagt: Die Zahl der Dealer ist – anders als die der Polizeibeamten – unüberschaubar und es gibt immer neuen Nachwuchs, die Aussicht auf das schnelle Geld ist zu verlockend. Die Straßendealer sind fast ausnahmslos junge Männer, viele von ihnen nordafrikanischer Herkunft und noch nicht lange im Land, weiß Bösel. Mit den syrischen, afghanischen oder irakischen Flüchtlingen, die im nahegelegenen LaGeSo Hilfe suchen, haben sie ebenso wenig zu tun wie mit den »Szenegruppen«, die sich im Park treffen. Im Umgang mit letzteren setzt sich in Berlin immer mehr ein Integrationsmodell wie am Wedding Leopoldplatz durch, auch im Kleinen Tiergarten wird es praktiziert: Die Gruppen – meist Menschen aus dem Kiez mit vielfältigen sozialen Problemen – sollen nicht verdrängt werden, sondern auch ihren Platz haben, für den sie wiederum ein Stück Verantwortung übernehmen. Streetworker kümmern sich vor Ort – auch darum, dass ein paar Grundregeln des Verhaltens im Park eingehalten werden.



Der professionelle Drogenhandel und die damit verbundene Kriminalität dagegen sind eine ganz andere Sache und keine Angelegenheit für Sozialarbeiter. Die Polizei macht sich aber auch keine Illusionen darüber, dass sie mit ihren Einsätzen allein das Problem nicht lösen, sondern bestenfalls verschieben kann, und dass es viel Ausdauer braucht, um dicke Bretter zu bohren.

Die Prozedur im Bus dauert. Hier entscheiden die Beamten, ob der ertappte Dealer, den zwei junge Polizisten in Zivil festnehmen konnten, nach der Personenüberprüfung und der Anzeige in U-Haft kommt oder einstweilen – bis zur Gerichtsverhandlung – wieder auf freien Fuß gesetzt werden muss. Die juristischen Hürden sind, wie gesagt, hoch, und die Polizei hat oft ihre liebe Mühe, den Bürgern zu erklären, warum man nicht umgehend alle Dealer »wegsperrt« kann.

Der Kleine Tiergarten ist nicht der einzige Ort in Mitte, an dem der Drogenhandel zum Problem wird. Er wabert wellenförmig durch die Innenstadt, auch entlang der U-Bahnlinien U6, U8, U9. An der Köpenicker Straße blüht er vor den zahlreichen Clubs, auch am Leopoldplatz ploppt er immer mal wieder auf. Werden am Kotti verstärkt Einsätze gefahren, nimmt der Handel an anderen U-Bahn-Stationen merklich zu. Vor ein paar Jahren grassierte er im Weinbergspark. Letzterer wird auch immer wieder als Beispiel genannt, wenn es darum geht, wie man öffentliche Orte wieder zurückgewinnt. Hier gelang es, Bürger, Bezirksverwaltung, Ordnungsamt, Polizei, BVG, BSR, eine benachbarte Schule, die Betreiber eines Cafés und andere Akteure an einem Runden Tisch zu versammeln und – unterstützt von einer umfassenden Erneuerung des Parks – den Drogenhandel deutlich einzudämmen.

So ähnlich will man nun auch im Kleinen Tiergarten dem Problem begegnen. Hier gab es eine erste Informationsveranstaltung für Bürger, die sich durch das offensive bis aggressive Auftreten der Dealer und die Kriminalität bedroht und verunsichert fühlten. U.a. berichtete die Polizei hier über erste Ergebnisse ihrer verstärkten Einsätze. Natürlich trägt die Polizeipräsenz zur durchaus messbaren Entspannung der Situation bei. Doch letztlich geht es um ein Gesamtpaket, an dem die Ordnungsbehörden, der Bezirk (über den Präventionsrat Thorsten Haas), die BVG, das Geschäftsstraßenmanagement und auch die Bürger beteiligt sind. Neben konkreten Maßnahmen (verstärkte Kontrollen, Arbeit am Beleuchtungskonzept u.a.) geht es vor allem darum, mit vielfältigen Aktivitäten präsent zu sein, soziale Kontrolle auszuüben und den Dealern nicht den Park zu überlassen. Denn problematisch wird es, wenn die Dealer das Gefühl haben, die Regeln bestimmen zu können. »Dann hätten wir eine Situation wie am RAW-Gelände oder im Görli«, warnt ein Anwohner. Wichtig sind daher nicht nur Zeugenaussagen betroffener Bürger oder das Verständigen der Polizei bei Straftaten, sondern auch die schlichte Anwesenheit – ob man sich dort mit Freunden oder der Familie trifft, Picknick macht, vielleicht auch kleine Veranstaltungen organisiert.

Der Dealer aus dem Bus wird jetzt zur Wache verbracht. Der Einsatz am Kleinen Tiergarten ist für heute beendet. Karl Bösel, der Präventionsbeauftragte, eilt gleich weiter zum nächsten Treffen mit dem Präventionsrat des Bezirks und anderen. Es geht, natürlich, um Drogen im Park. Bösel's Kollegen basteln derweil weiter am altersschwachen Bus herum, die Batterie hat schlappgemacht und muss nun von einem anderen Polizeiwagen aufgeladen werden. Die Polizisten klagen nicht nur über ständige Sondereinsätze (Fanmeile usw.), die manchmal Personal binden, das man eigentlich vor Ort braucht, sondern auch über die unbefriedigende technische Ausstattung. »Schreiben Sie das mal«, sagt einer. us

## Gewerberaum wieder knapp

Senator Andreas Geisel: »Der Wettbewerb um Flächen wird größer«

Auch Gewerberaum wird wieder knapp in Berlin. Das jedenfalls verkündete der Senator für Stadtentwicklung Andreas Geisel auf dem letzten Stadtforum am 20. Juni: »Die Diskussionen über den großen Büroflächenleerstand in Berlin gehören der Vergangenheit an.« Denn nicht nur die Bevölkerung der Stadt wachse stärker als angenommen, auch beim Zuwachs an Arbeitsplätzen führe Berlin die Bundesländer inzwischen an – die Folge: »Der Wettbewerb um Flächen wird größer.«

Dabei gelte es, Handwerk und Industrie, Kunst und Kreativwirtschaft zu schützen, die teilweise bereits unter starkem Verdrängungsdruck leiden. Allen Versuchen, bestehende Gewerbegebiete zugunsten des Wohnungsbaus umzuwidmen, widersprach der Senator deshalb entschieden. »Bei dem derzeitigen Flächenverbrauch für Industrie und Gewerbe reichen die Reserven der Stadt nur noch bis 2020.« Nicht nur deshalb will der Senat auch bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere wie beispielsweise dem Kurt-Schumacher-Quartier auf dem jetzigen Flughafen Tegel eine Mischung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen: »Wir brauchen gemischte Quartiere und keine Schlafstädte!«

### Neue »Urbane Mischgebiete«

Bis zum Ende des Jahres möchte zudem die Bundesregierung auf Anregung großer Städte wie Berlin eine neue planungsrechtliche Kategorie schaffen, das »Urbane Mischgebiet«. Hier sollen leicht verminderte Lärmschutzbestimmungen die Ansiedlung von Gewerbe erleichtern, insgesamt wäre eine dichtere Bebauung zulässig als in normalen Mischgebieten. In einem Urbanen Mischgebiet soll zudem der Bau von Wohnungen etwa in der Nähe von Sportplätzen, Schulen oder bestehenden Gewerbegebieten möglich sein, was in den bestehenden Gebietskategorien vor allem auf lärmschutzrechtliche Hindernisse stößt.

So könnte die Ausweisung Urbaner Mischgebiete auch die Nachverdichtung von bestehenden »Discounter-Branchen« erleich-



tern. Die sieht man überall in der Berliner Innenstadt: große, meist wenig genutzte Parkplätze mit angeschlossenen Aldi-, Lidl-, Norma-, Netto- oder Pennymarkt, wie sie genauso auch im ländlichen Raum zu finden sind. Solche Discounter könnte man aber genauso gut in den Erdgeschossen mehrgeschossiger Gebäude unterbringen, in denen dann auch noch zahlreiche Wohnungen und Büros Platz fänden – kein geringes Potenzial also für Wohnungsbau und Büroflächen! Problematisch ist an solchen Standorten aber, dass solche Supermärkte in sehr frühen Morgenstunden mit Frischeprodukten wie Milch oder Obst beliefert werden müssen, was bei direkt anliegenden Wohnungen nächtliche Ruhestörung verursachen kann. Eine konkrete Bauvoranfrage für die Verdichtung einer solchen Brachfläche in einem Sanierungsgebiet von Mitte belegt, dass in der Branche derzeit intensiv über eine effektive Nutzung solcher Flächen nachgedacht wird.

### Bezirk Mitte unter Druck

Doch zurück zum Stadtforum: Für Berlin prognostizierte Andreas Geisel künftig eine verstärkte Ansiedlung international orientierter Unternehmen im südöstlichen Stadtteilraum: »Die suchen vor allem die Nähe des Flughafens und wissenschaftlicher Einrichtungen. Ich weiß zum Beispiel aus Gesprächen mit Siemens in Spandau, dass die Verlagerung des Flughafens dort echte Probleme verursacht.« Angesichts der guten Ausstattung des Bezirks Mitte mit Universitäten und Hochschulen sowie den schnellen Verkehrsverbindungen zum künftigen Flughafen BER dürfte die Nachfrage nach Büroflächen hier deshalb eher noch steigen.

Spekuliert wird in der Presse zum Beispiel über die Übersiedlung von Unternehmen aus der »Fin-Tech«-Branche: Nach dem Brexit wollten etliche Betriebe dieser auf Finanzprodukte spezialisierten IT-Unternehmen ihren bisherigen Sitz London verlassen, die Mitarbeiter drängten dabei vor allem nach Berlin. Im Bezirk Mitte wird man diese Entwicklungen zu spüren bekommen.

### Senat setzt falsches Signal

Einen extremen Drang der Immobilienbranche zu neuen Büroflächen im Zentrum der Stadt gab es schon einmal Anfang der 1990er Jahre. Nach dem Beschluss zur Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin wollten Investoren überall Büros errichten – wäre es nach ihnen gegangen, so bestünde heute die Spandauer Vorstadt in Mitte zum Großteil aus Büro- und Gewerberäumen, und in der Friedrichstadt würde schon gar keiner wohnen. Doch damals intervenierte die Politik, indem sie Sanierungsgebiete einrichtete. Auch unter dem Druck des Bezirks wurde zudem ein Mindestanteil von 20% Wohnungsbau bei Neubauprojekten etwa an der Friedrichstraße oder am Potsdamer Platz festgeschrieben. Diese Regel stellte der Senat jedoch jüngst wieder in Frage, als er einem Widerspruch eines Investors am Leipziger Platz stattgab, dessen Bauantrag vom Bezirk abgewiesen worden war, weil er gar keinen Wohnungsbau vorsah. Jetzt darf hier also ein reines Bürohaus errichtet werden. Angesichts der zunehmenden Flächenkonkurrenz, die einige Quartiere in Mitte betrifft, ist das das falsche Signal. cs



Ch. Eckelt

## Schützt die Denkmale!

Zum Tag des Offenen Denkmals am 10./11. September

Am zweiten Septemberwochenende gibt es wieder – wie jedes Jahr zum bundesweiten »Tag des offenen Denkmals« – die Gelegenheit, Baudenkmäler in der ganzen Stadt zu besichtigen, auch solche, die sonst der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Das Thema lautet in diesem Jahr »Gemeinsam Denkmale erhalten« und zielt auf die Verantwortung der Kommunen und der Gemeinschaft.

Baudenkmale zu erhalten, ist gerade in Berlin ein hartes Ringen. Wie die letzten drei Jahrzehnte zu oft zeigten, verhindert auch die amtliche Eintragung als Baudenkmal nicht zwingend dessen Abriss oder die Beschädigung. Sei es, weil der Verwertungsdruck immens ist und denkmalpflegerische Belange dabei eher als störender Kostenfaktor betrachtet werden; sei es, weil Gebäude aus spekulativen Gründen dem Verfall anheimgegeben sind (das legendäre Kaufhaus Jandorf in Mitte beispielsweise steht seit fast 25 Jahren leer), sei es, weil Denkmale mit subjektiv-geschmäckerlichen Urteilen diskreditiert und ideell zum Abriss freigegeben werden, was in den letzten 20 Jahren in Berlin insbesondere die Ost- und Westberliner Moderne der 60er und 70er Jahre erfahren musste. Die zwanzig bis fünfzig Jahre, die eine Epoche erfahrungsgemäß braucht, um mit dem notwendigen Abstand reflektiert und ohne ideologischen Schaum vorm Mund bewertet zu werden, haben etliche Gebäude dieser Stadt nicht überlebt – beispielsweise das Ahornblatt auf der Fischerinsel.

Insofern ist man schon sehr glücklich, dass sechs Berliner Wohnsiedlungen der klassischen Moderne inzwischen als Weltkulturerbe geschützt sind – und auch darüber, dass eine neue, junge Generation

von Architekten und Nutzern die Architektur der 1960er und 70er Jahre für sich entdeckt und sie verteidigt. Jenseits von Geschmacksdebatten stellen sie damit auch sehr zeitgemäße Fragen nach dem Umgang mit Ressourcen und Werten: Ist es sinnvoll, Gebäude abzureißen, die momentan vielleicht nicht dem Mainstream-Zeitgeist entsprechen, in denen aber jede Menge ökonomische Werte gespeichert sind (Arbeitskraft und -zeit, Material, Energie etc.) und die ohne weiteres noch mehrere Jahrzehnte halten würden? Auch in der Architektur ist – Denkmal oder nicht – ein Ende der Wegwerfkultur dringend geboten, aber sie scheint hier gerade erst so richtig zu beginnen: Es häufen sich Fälle, in denen Abrisse von nicht mal 20 oder 30 Jahre alten Gebäuden beantragt werden – einfach, um angesichts des fiebernden Immobilienmarkts schnell etwas Lukrativeres und Teureres hinzubauen.

Zurück zu den Denkmalen: Schwer haben es derzeit auch die baulichen Zeugnisse der Industriegeschichte. So wie die ehemalige Eisfabrik zwischen Spreeufer und Köpenicker Straße in Mitte – ein Paradebeispiel für das Motto der diesjährigen Denkmal-Tage. Die Eisfabrik steht im Sanierungs- und Erhaltungsgebiet »Nördliche Luisenstadt«, mithin einem Quartier, das aufgrund seiner historischen Substanz insgesamt unter Schutz steht und in das Investitionsmittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« fließen. Doch auch das ist keine Garantie, dass die einzelnen Gebäude gerettet werden.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die von Carl Bolle gegründete Norddeutsche Eiswerke AG in den Backsteingebäuden künstliches Stangeneis für Privathaushalte, Läden und Gewerbebetriebe hergestellt, noch bis 1991 wurde hier produziert. Dann wurde der Betrieb stillgelegt, die Immobilie geriet zum Verkaufsobjekt der – inzwischen selbst privatisierten – Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG), ein trauriges Kapitel jüngerer (Bau)Geschichte, das noch gründlicher Aufarbeitung bedarf. Seither wird um das Areal gepokert, der Bezirk will das Denkmal erhalten, hat aber wegen der Eigentumsverhältnisse nur begrenzten Einfluss.

Die Eisfabrik ist ein »exemple par excellence« für das diesjährige Motto der Denkmaltage. Denn ohne das uneigennützig, hartnäckige Engagement von Anwohnern wie Peter Schwoch und Initiativen wie dem Bürgerverein Luisenstadt und der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt gäbe es dieses Industriedenkmal vielleicht schon gar nicht mehr. Mit seinem markanten Schornstein, den allmählich verfallenden Backsteinbauten, die zwischendurch mal von Künstlern belebt werden durften, mit dem Phantomschmerz der trotz aller Proteste abgerissenen Kühlhäuser erinnert es daran, dass Denkmalschutz allein keine Garantie bietet und Denkmale verteidigt und gerettet werden müssen. Darin haben der Bezirk Mitte und seine Bewohner eigentlich eine gute Tradition: Ohne couragiertes Engagement gegen Abrisse und die Entscheidung, die Spandauer Vorstadt als Flächendenkmal unter Schutz zu stellen, gäbe es dort heute wohl vor allem Investorenkühlschränke im Stil der 1990er.

Peter Schwoch wohnt seit vielen Jahren in einem Altbau an der Eisfabrik, er hat akribisch ihre Geschichte recherchiert, eine Ausstellung zur Eisfabrik erarbeitet, die derzeit im Stadteilladen »dialog 101« an der Heinrich-Heine-Straße zu sehen ist, er hält Vorträge, engagiert sich in der Betroffenenvertretung. All das macht Schwoch, der auf dem Bau arbeitet, in seiner Freizeit. Auch an den Tagen des offenen Denkmals wird er wieder zur Eisfabrik informieren. us

Ausstellung zur Eisfabrik: im »dialog 101«, U8 Heinrich-Heine-Straße, bis Ende August, mo 14–18 Uhr, mi 15–18 Uhr

Das vollständige Programm für den Tag des offenen Denkmals wird ab Mitte August auf folgender Website veröffentlicht: [www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmaltag](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/denkmal/denkmaltag)



Ch. Eckelt

## Politikerbefragung im Stadteilladen

Betroffenenvertretung konfrontiert Direktkandidaten

Nicht in jedem Wahlkreis stehen am 18. September so einflussreiche Politiker zur Wahl wie im Wahlkreis 2 von Mitte. In den Gegenden um den Alexanderplatz und die Leipziger Straße sowie in der Nördlichen Luisenstadt kandidieren um das Direktmandat für das Abgeordnetenhaus unter anderem:

- die ehemalige Arbeitssenatorin und amtierende Inhaberin des Direktmandates Carola Bluhm (die Linke);
- der ehemalige Parteivorsitzende der Berliner SPD, Jan Stöß;
- die umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Silke Gebel,
- der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Fraktion der Piraten im Abgeordnetenhaus, Wolfram Prieß
- und die ehemalige Kriminalpolizistin und Gründerin der Anti-Stalking-Initiative »SOS-Stalking« Sandra Cegla (CDU).

Die Betroffenenvertretung der Nördlichen Luisenstadt wollte sich die Chance nicht entgehen lassen und lud, unterstützt vom Bürgerverein Luisenstadt, die Kandidaten zu einer Diskussionsveranstaltung am 19. Juli in den Stadteilladen »dialog 101«. Denn wann sonst als im Wahlkampf hat man schon die Möglichkeit, mit aktiven Politikerinnen und Politikern unterschiedlicher Parteien über die Entwicklung seines Quartiers zu debattieren? Und auf diese Weise auch Kontakte zu pflegen, ohne die Demokratie nicht funktionieren kann. Marie-Luise Beck und Erik Natter von der Betroffenenvertretung moderierten die Veranstaltung sehr offensiv aus Sicht der Kiezbewohner. Sie konfrontierten die Politiker mit den Problemen vor Ort und legten die Finger dabei in die Wunden: Warum wird im Sanierungsgebiet Luisenstadt kein bezahlbarer Wohnraum neu gebaut (das WBM-Projekt in der Köpenicker liegt knapp außerhalb)? Wieso entstehen hier nur Eigentumswohnungen mit Kaufpreisen bis weit über 5000 Euro pro Quadratmeter oder Studenten-Kleinstwohnun-

Das Podium (Ausschnitt), von links: Erik Natter und Marie-Luise Beck (Betroffenenvertretung), Carola Bluhm (Die Linke), Jan Stöß (SPD).

gen mit 700 Euro für 20 qm im Monat? Gibt es keine Möglichkeiten, auch private Investoren zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu zwingen?

Oder: Muss die Schule in der Adalbertstraße tatsächlich vierzünftig ausgebaut werden? Immerhin hieß es noch vor zwei Jahren, sie werde gar nicht gebraucht, weil Mitte die vielen Grundschüler aus Kreuzberg gar nicht unterrichten müsse. Jetzt soll sie auf einmal fast doppelt so viele Schüler aufnehmen wie vor ihrer Schließung. Wieso finden die Planspiele ohne Bürgerbeteiligung statt?

Und was passiert eigentlich mit der Eisfabrik? Sie zerfällt immer weiter, obwohl sich Politiker aller Couleur bereits für sie eingesetzt haben, von Klaus Wowerit bis Monika Grütters. Der Eigentümer TLG hat bislang aber nur Aktionismus veranstaltet und kommt bei der Entwicklung des Grundstücks seit vielen Jahren keinen Schritt weiter. Müsste da nicht das Land einspringen, wie könnte das gehen?

Natürlich wussten darauf die Politiker auch keine einfachen Antworten – und zwar parteiübergreifend. Auf Politik auf Stammtischniveau fiel zum Glück keiner zurück. Carola Bluhm (Die Linke) forderte die schnellere Aufstellung von mehr Bebauungsplänen, die zum Beispiel auch die Schaffung von Infrastruktur wie Schulen oder Kitas berücksichtigen. Allerdings musste sie zugeben, dass das dafür qualifizierte Personal in den Bezirken nicht da ist und auch vom Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestellt werden könne. Jan Stöß (SPD), als Verwaltungsrichter mit dem Sanierungsrecht vertraut, hob die Gestaltungsmöglichkeiten in Sanierungsgebieten hervor. Dabei wusste aber auch er nicht, wie man die Eisfabrik retten könnte.

Silke Gebel (Grüne) leitete geschickt zu ihrem Spezialthema über, der Umweltpolitik: Ja zu Tempo 30 in der Köpenicker, aber auch weitergehende Maßnahmen zur Reduzierung des Feinstaubs und der Stickoxide. Irgendwann müsse man die Schimmel-Diesel aus der Innenstadt aussperren, der Gesundheit der Bevölkerung zuliebe. Wolfram Prieß, der sich als Pirat sozusagen auf Abschiedstournee befindet, blieb dagegen vergleichsweise blass, Sandra Cegla, die wahrscheinlich in die BVV Mitte einziehen wird, wirkte sehr lernbegierig, ihr war der Schwerpunkt Stadtentwicklung offenbar noch nicht so vertraut.

Doch irgendwie bekam man den Eindruck, dass die eigentlichen Fronten in Berlin gar nicht zwischen den politischen Parteien verlaufen. In vielem waren sich Linke, SPD, Grüne und Piraten eigentlich einig, auch die CDU ging nicht auf Widerspruch. Viel größer scheinen die Differenzen zwischen Politik und Verwaltung zu sein: zwischen den Vorstellungen, wie das Gemeinwesen eigentlich funktionieren müsste und der oft sehr resignierten Haltung vieler damit befassten Mitarbeiter. Deren aus jahrzehntelangen Spar- und Kürzungswellen aufgestaute Frustration abzubauen wäre das eigentliche Projekt der nächsten Landesregierung – ganz gleich, aus welchen Parteien sie sich zusammensetzt. cs

# Neues vom Runden Tisch Köpenicker

Die schöne Nachricht vom Runden Tisch zuerst, sie kam diesmal vom Vertreter von Vattenfall: Das Unternehmen will den Vorplatz der Köpenicker Straße 60 – dort, wo die große Metallsulptur steht – zu einem urbanen Garten für Anwohner umgestalten, der schon im nächsten Jahr eröffnen soll. Hier können große und kleine Anwohner künftig selber gärtnern und ernten. Das Vorhaben ist eines von fünf Gemeinschaftsgärten, die Vattenfall in Kooperation mit der Gemüse-Akademie der gemeinnützigen Organisation Ackerdemia plant. Ein erster in der Neuen Grünstraße 13 ist bereits in Betrieb und kann von Interessierten besichtigt werden. Mehr Informationen bietet die Website [pfanz-was.vattenfall.de](http://pfanz-was.vattenfall.de)

Alle zwei Monate tagt der Runde Tisch Köpenicker, um aktuelle Probleme und Themen im Gebiet zu besprechen. Moderiert wird er vom Präventionsrat des Bezirks, Thorsten Haas. Das Juli-Treffen war überaus gut besucht: Anwohner, Vertreter der Bezirksverwaltung, des KoSP, der Betroffenenvertretung, der Polizei, des A&O-Hostels und etliche andere saßen am Tisch. Die Liste der angesprochenen Themen war diesmal lang, manche sind Dauerbrenner: die zahlreichen Reisebusse vorm Hostel, die immer wieder sogar im Halteverbot stehen und deren Fahrer sich auch von den Hosteltreibern nicht beeindrucken lassen (hier waren bislang nur Abschleppaktionen der Polizei wirkungsvoll); der Versuch, Tempo 30 auf der hochbelasteten Köpenicker zu erreichen; der Lärm, der in den Nachtstunden durch Clubs, Lokale und den Publikumsverkehr verursacht wird (hier gibt es inzwischen auf der Website der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ein Online-Formular, bei dem man Lärmbeschwerden melden kann).

Beunruhigend war die Schilderung einer Anwohnerin, die nachts entlang der Köpenicker vor dem »Tresor« große, extrem laute Menschenansammlungen erlebte, dazu eine Phalanx sehr offen und aggressiv auftretender Dealer, die teils auch Passantinnen beschimpften und verfolgten: »Wird das hier ein Miniatur-RAW-Gelände, das sich hier breitmacht?« Der massive Drogenhandel ist neben Lärm, Verkehrsbelastung und Müll die größte Belastung für die Anwohner. Die Polizei merkte an, dass sie bereits ihre Dienstzeiten verlagert habe, um besser gegen den nächtlichen Drogenhandel insbesondere an den Wochenenden vor den Clubs und in den Morgenstunden in der U-Bahn vorgehen zu können. Außerdem soll es demnächst ein Treffen mit den Tresor-Betreibern, der Polizei und dem Präventionsrat geben, um über mögliche zusätzliche Maßnahmen zu beraten. Außerdem stellte sich die neue Stadtteilkordinatorin Sylvia Euler vor und beschrieb ihr Arbeitsfeld (siehe S. 2), Volker Hobrack von der Betroffenenvertretung berichtete vom letzten Stand zum Schulstandort Adalbertstraße und zum Blockkonzept Heinrich-Heine-Straße (siehe Seite 4).

Nächster Runder Tisch Köpenicker: Dienstag, 13.9., 11–13 Uhr, Stadtteilladen »dialog 101«. Dort sind an diesem Tag auch die drogenpolitischen Sprecher aller Abgeordnetenhausfraktionen eingeladen, um ihnen die Probleme im Gebiet zu schildern. Der Runde Tisch steht allen Interessierten offen!

## Tag des Offenen Denkmals 10./11. September

In der Luisenstadt mit ihren zahlreichen Baudenkmalen wird es auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Führungen, Veranstaltungen und Vorträge zum Tag des offenen Denkmals geben. Ein Schwerpunkt ist sicherlich die Eisfabrik (siehe auch S. 8) Genauere Veranstaltungshinweise finden Sie im Laufe des August auf der Website <http://tag-des-offenen-denkmals.de/laender/ber> bzw. auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: [www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)

## Ausstellung zur Nördlichen Luisenstadt

Wer die Ausstellung des Büros KoSP zum Sanierungs- und Erhaltungsgebiet »Nördliche Luisenstadt« verpasst hat, die im Mai/Juni im Stadtteilladen »dialog 101« zu sehen war, hat jetzt noch einmal Gelegenheit dazu: Noch bis Ende Juli ist sie im Rathaus Müllerstraße 146 (Wedding) zu sehen, vom 10. September bis 10. Oktober dann wieder im Gebiet: »Erhalten – Erneuern – Entwickeln in der Luisenstadt Mitte« Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Am Köllnischen Park 3, Montag bis Samstag 10–18 Uhr.

## Wohngebietsfest

Am 17. September feiert die Wohnungsbaugenossenschaft Berolina ein Wohngebietsfest im Heinrich-Heine-Viertel. Genaueres wird noch über Aushänge im Kiez bekanntgegeben.



## Mieterprotest in der Runge 20

Die Mieter der Rungestraße 20 gehen an die Öffentlichkeit und machen mit Transparenten auf die gravierenden Schäden aufmerksam, die durch den benachbarten Neubau entstehen. Hier errichtet die Project Immobilien Wohnen AG 123 Eigentumswohnungen. Durch die Großbaustelle sind im Nachbargebäude, das der Genossenschaft Runge 20 eG gehört, in 16 von 24 Wohnungen und etlichen Ateliers tiefe Risse an Wänden und Decken entstanden, durch die nun auch Feuchtigkeit eindringt. Die Genossenschaft beziffert die Schäden inzwischen auf ca. 180.000 Euro. Der Investor bestreitet die Schadenshöhe und bietet bestenfalls eine wesentlich niedrigere Pauschale an, mit der dann auch alle künftigen Schäden abgegolten sein sollen. Die Genossenschaft lehnt das ab und macht mit großen Plakaten nun auch potenzielle Käufer der Eigentumswohnungen auf die zu erwartenden Rechtsstreitigkeiten aufmerksam.



# Aus der Luisenstadt in die Welt

## Briefmarken mit Otto Lilienthals Gleiter gibt es fast überall

Welches Erzeugnis aus der Luisenstadt ist am bekanntesten und das sogar auf der ganzen Welt? Es ist das Segelflugzeug von Otto Lilienthal, das er in seiner Maschinenfabrik in der Köpenicker Straße 110/113 in Serie produzierte. Der erste Pilot der Welt und seine Flugapparate wurden besonders nach seinem tödlichen Absturz 1896 populär. Durch dieses Unglück wurde Lilienthal zum preußischen Ikarus und zum Märtyrer der Luftfahrt.

In der letzte Ausgabe der »Ecke Köpenicker« berichtete ich über einen Vortrag von Peter Schwoch, in dem dieser Briefmarken mit Otto Lilienthal oder seinem Flugzeug präsentierte. Wie eine Fügung mutet an, dass seit Anfang Juli diesen Jahres bei der Deutschen Post AG eine neue Sondermarke zum ersten Flugzeug der Weltgeschichte zu kaufen ist.

Und man kann sagen, es ist eine der schönsten und wahrscheinlich die humorvollste bisher. Gewürdigt wird der erste Gleitflug des Berliner Ingenieurs im Jahr 1891 mit seinem »Normalsegelapparat«. Auf der Marke sieht man neben Lilienthal als ersten Piloten noch seinen Monteur Paul Beylich, den viel zu häufig vergessenen ständigen Mitarbeiter, zu erkennen am Windsack, Otto Lilienthals Frau Agnes sowie den Fotografen, dem wir die Vorlage für die Marke und den Beweis dieser Flüge verdanken. Bis zu seinem Tod gelangen Otto viele weitere Flüge bis zu 250 Metern.

Verantwortlich für die Marke zeichnet der Grafiker und Comiczeichner Henning Wagenbreth, der Freunden anspruchsvoller Plakate, Comics und Briefmarken schon seit Jahrzehnten ein Begriff ist. Sein Kinderbuch »Mond und Morgenstern« wurde von der Stiftung Buchkunst als schönstes Buch der Welt ausgezeichnet, und sogar die Werke von Charles Bukowski hat er illustriert! Den deutschen Luftfahrt-Pionieren ist er als Briefmarkengestalter schon seit dem Jahr 2008 verbunden, als eine Sondermarke von ihm »100 Jahre Motorflug in Deutschland – Hans Grade« würdigte.

Dank der Briefmarkenleidenschaft von Peter Schwoch kann man Wagenbreths Lilienthal-Marke ins Verhältnis zu anderen philatelistischen Meisterwerken setzen. Die einzige der vielen Lilienthal-Marken, die seinem Werk in komischer Hinsicht nahe kommt, ist die aus

Die Vorlage für viele Briefmarkengestalter: Otto Lilienthal fliegt mit dem Normalsegelapparat, den er Flugzeug nennt.

der sozialistischen Volksrepublik Libyen. Allerdings ist der heitere Effekt wohl etwas unfreiwillig und entsteht in unseren Köpfen, wenn wir sehen, wie Frauen und Männer, gewandet in arabische Kopftücher sowie Turban, Fez und Kaftan, Lilienthals Flug bewundern. Lawrence von Arabien meets Lilienthal, so kommt es mir vor.

In der internationalen Briefmarkenwelt und insbesondere auf dem Gebiet der Lilienthal-Marken gibt es schließlich noch eine dritte Marke mit dem fast gleichen Motiv, das wiederum den beiden anderen an Farbenpracht überlegen ist, sich ansonsten aber auf dieselbe Szene bezieht, die 1894 hier in Berlin am Fliegeberg in Steglitz abgeleitet wurde. Kaum zu glauben, dass dieser Teufelskerl Otto Lilienthal sich bei seinem Haus in Lichterfelde einfach einen Berg aufschütten ließ, damit er so oft wie möglich fliegen konnte!

Briefmarken mit Lilienthal und seinem Gleiter gibt es aus folgenden Ländern: DDR, Jugoslawien, Sultanat Qu'aiti (heute Teil von Jemen), Ungarn, Albanien, Rumänien, Liechtenstein, die Vereinigten Arabischen Emirate, USA, Uruguay, der Antillenstaat Antigua und Barbuda, Uganda, Obervolta, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, die Komoren, der Inselstaat Mikronesien. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Jede dieser Marken ist ein weiterer Grund und Ansporn, am Fabrikationsort der berühmtesten Flugzeuge der Welt bei den geplanten Neubauten ein angemessenes Denkmal zu errichten. Wollen Sie es unterstützen? Dann schicken Sie eine Mail an [radiohochsee@gmail.com](mailto:radiohochsee@gmail.com)!

Treffender als Dr. Bernd Lukasch, Leiter des Otto-Lilienthal-Museums in Anklam, kann man den Grund für die Sondermarke und für ein solches Denkmal nicht formulieren:

»Mit dem Normalsegelapparat, für den Otto Lilienthal bereits den Begriff Flugzeug verwendete, wurde in seiner Maschinenfabrik in Berlin erstmals in der Geschichte ein Flugzeug in Serie produziert und in mehrere Länder verkauft. Lilienthal nannte seine Erfindung ein Kulturelement, mit dem er die Vision des weltumspannenden Luftverkehrs ebenso verband wie die Möglichkeit zur Erlangung des ewigen Friedens.«

Falko Hennig

Der Autor lädt ein zum Stadtspaziergang »Lilienthal & Co.« an jedem ersten Sonntag des Monats (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), 2h, € 10,-, Anmeldung erforderlich, Telefon (0176) 20 21 53 39.

<http://falko-hennig.blogspot.de>



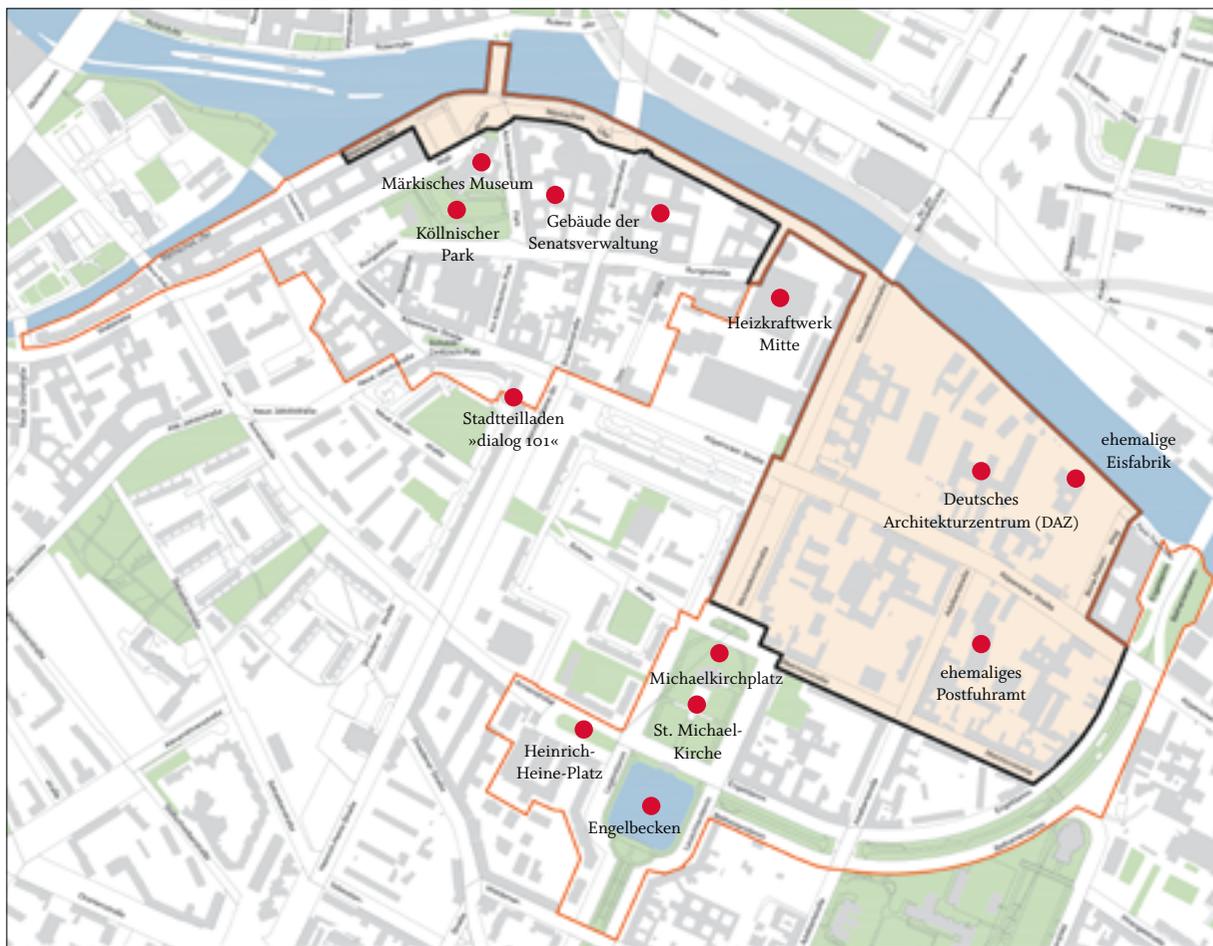
Die neue Sondermarke der Deutschen Post, gestaltet von Professor Henning Wagenbreth.



Eine ältere Sondermarke aus der sozialistischen Volksrepublik Libyen.



Eine buntere Sondermarke aus Paraguay.



 Sanierungsgebiet  
 Nördliche  
 Luisenstadt  
  
 Erhaltungsgebiete

## Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

### Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt,

Fachbereich Stadtplanung  
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin  
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,  
 Tel 901 84 58 45  
[kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de](mailto:kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de)

### Sanierungsverwaltungsstelle

Reinhard Hinz (Gruppenleitung)  
 Tel 901 84 58 53  
[reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de](mailto:reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de)  
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57  
[anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de](mailto:anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de)  
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21  
[wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de](mailto:wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de)

### Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Referat IV C – Stadterneuerung  
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin  
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19  
[joachim.hafen@senstadtum.berlin.de](mailto:joachim.hafen@senstadtum.berlin.de)

### Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH  
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin  
[www.kosp-berlin.de](http://www.kosp-berlin.de)  
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,  
[bachmann@kosp-berlin.de](mailto:bachmann@kosp-berlin.de)  
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,  
[schwedler@kosp-berlin.de](mailto:schwedler@kosp-berlin.de)  
[www.luisenstadt-mitte.de](http://www.luisenstadt-mitte.de)

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr  
 im Stadtteilladen dialog 101,  
 Köpenicker Straße 101

### Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt

Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79  
[birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de](mailto:birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de)

### Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,  
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,  
 Tel 275 47 69, mail: [vhobrack@gmx.de](mailto:vhobrack@gmx.de)  
 bzw: [bv.luisenord@gmail.com](mailto:bv.luisenord@gmail.com)  
[www.luisse-nord.de](http://www.luisse-nord.de)

### Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,  
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08  
[buerer@buergerverein-luisenstadt.de](mailto:buerer@buergerverein-luisenstadt.de)  
[www.buergerverein-luisenstadt.de](http://www.buergerverein-luisenstadt.de)  
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr